

**Oberbürgermeister Boris Pistorius**  
**Handgiftenrede am Freitag, 2. Januar 2009,**  
**Rathaus, Friedenssaal**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
nachdem Bischof Bode mit der Justus-Möser-Medaille geehrt wurde, komme ich nun zum zweiten Teil dieses Abends, zur Handgiftenrede. Diese möchte ich nicht beginnen, ohne Ihnen allen noch einmal alles Gute für ein gesundes und vor allem friedliches neues Jahr zu wünschen – verbunden mit einer Hoffnung:  
Der Hoffnung, dass wir uns – wie in der Vergangenheit auch – gemeinsam, Hand-in-Hand für das Wohl unserer Stadt einsetzen.

Was ist das Wohl unserer Stadt?

Fest steht: Es ist nicht irgendwann einmal fixiert worden. Kann nicht wie eine Urkunde hervorgeholt werden, um Mitstreiter oder auch Kontrahenten darauf einzuschwören.

Nein, das Wohl unserer Stadt ist selbst ein historischer Vorgang und damit einem Diskussionsprozess ausgesetzt. Um das Ergebnis muss immer wieder neu gerungen werden.

Wir müssen uns selbst, unsere Argumente und Überzeugungen, immer wieder überprüfen, um sie den Veränderungen anzupassen, die mit dem Wohl unserer Stadt verbunden sind. Prioritäten verschieben sich, weil sich die Anforderungen und Rahmenbedingungen verändern. So können wir heute überhaupt noch nicht sagen, welche Probleme durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise auf unsere Stadt zukommen.

Viele sehen schwarz und wir sehen auch nicht mehr. Es zeichnen sich bisher noch keine Konturen ab, auf die sich die Verantwortlichen einstellen könnten. Alle wissen aber immerhin so viel: Bund, Länder und Gemeinden werden nicht ungeschoren davon kommen: Die Arbeitslosenzahlen werden wohl wieder steigen, und mit ihnen die Sozialausgaben.

Sicher wird auch unsere Stadt nicht unberührt bleiben. Obwohl wir keine riskanten Geschäfte mit Banken gemacht haben wie die eine oder andere.

Zum Glück haben wir auch nicht unser Rathaus verleast, oder die Abwasserkanäle irgendwelchen amerikanischen Investoren verkauft, um diese dann wiederum zu

mieten – aber eigentlich ist in Osnabrück auch keiner ernsthaft auf solche Gedanken gekommen.

Und dennoch dürfen wir das Projekt der Haushaltskonsolidierung auch in diesem Jahr nicht von der Agenda verabschieden.

Wir dürfen es noch weniger als bisher vernachlässigen und müssen Versuchungen widerstehen.

Wir müssen überlegen, welche Möglichkeiten wir noch nicht ausgeschöpft haben, um die Finanzsituation der Stadt Osnabrück gesunden zu lassen.

Dabei hat sich der Versuch in der Meeresenge, zwischen den Meeresungeheuern Skylla (sprich: Skülla) und Charybdis (sprich: Karybdis) hindurchzusteuern, als wenig hilfreich und schon gar nicht listenreich herausgestellt: Kommt man der einen zu nahe, frisst sie einen, kommt man der anderen zu nahe, ertrinkt man.

Nun wissen wir zwar heute, dass wir uns nicht wie Odysseus vor Skylla, dem Ungeheuer mit dem Oberkörper einer Frau und dem Unterleib aus sechs Hunden, und vor Charybdis zu fürchten brauchen, die dreimal am Tag das Meerwasser einsog, um es danach brüllend wieder auszustoßen.

Anders als bei Odysseus gibt es bei uns aber auch keine gefahrlose Mitte. Ich bin davon übererzeugt, mit den berühmt berüchtigten Peanuts, über die man so trefflich, wie nimmer müde und ausdauernd streiten kann, kommen wir auf keinen grünen Zweig. Wir sollten zumindest über mutigere und bislang tabuisierte Lösungen diskutieren.

Anders erhalten wir nicht die Spielräume, die wir doch so dringend brauchen, wenn wir in Bereichen wie Bildung, Integration und Kultur wichtige Akzente setzen wollen. Den Bereichen, die neben den sogenannten „harten“ Standortfaktoren von so großer Bedeutung für das Wohlergehen aller Menschen in unserer Stadt sind.

Diese Spielräume brauchen wir auch, weil wir uns verstärkt mit einem Thema auseinandersetzen, das uns eigentlich beschämen müsste – ich meine die Kinderarmut.

Auch in Osnabrück haben wir es mit einer erschreckenden Entwicklung zu tun – einer Entwicklung, die wir nicht akzeptieren dürfen und vor der wir nicht die Augen verschließen können.

Wir müssen den über 4.000 Kindern in unserer Stadt, die in Familien mit äußerst geringen Einkünften leben, eine Perspektive eröffnen, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. In ihrem Interesse wie in dem unserer ganzen Gesellschaft. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, dass sie die gleichen Bildungschancen erhalten und wahrnehmen können, die auch Kinder aus besser gestellten Familien bekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
einhergehend mit der zunehmenden Zahl von Kindern, die von Armut betroffen sind, ist die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einem Alter unter 25 Jahren. Im Rahmen der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der AGOS wurde uns die Dramatik der Situation noch einmal plastisch vor Augen geführt. Im Oktober letzten Jahres waren bei der AGOS fast 2000 erwerbsfähige Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren gemeldet. Die Jugendlichen setzen sich aus unterschiedlichsten Gruppen zusammen.

Auffällig ist dabei, dass der Anteil der benachteiligten und gering qualifizierten Jugendlichen überproportional vertreten ist und in dieser Gruppe wiederum der Jugendlichen mit Migrationshintergrund überproportional hoch ist. Zunehmende Kinderarmut und zunehmende Erwerbslosigkeit bei Jugendlichen: zwei Probleme, die unsere Gesellschaft aufrütteln müssten und die für unsere Gesellschaft ein großes Konfliktpotential beinhaltet. Unser demokratisch verfasstes Gemeinwesen muss sich daran messen lassen, wie sie mit diesen Problemen fertig wird. Hier sind alle Kräfte in unserer Gesellschaft gefragt. Nur einseitige Hinweise auf die Politik helfen uns da nicht weiter.

Zurück zur Finanzkrise, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen:  
Das Loch in der Kasse der Stadt Osnabrück hat uns nie dazu verleitet, die Gier zum Maßstab zu machen und unkalkulierbare Risiken einzugehen. Bei aller Kreativität hat unsere Finanzverwaltung immer berücksichtigt, dass sie mit den Steuergeldern sorgsam umgehen müssen. Das konnten Sie heute auch noch einmal in der NOZ nachlesen.

Das wirkte vor nicht allzu langer Zeit zwar auch ein wenig bieder und konservativ – der ein oder andere Schreihals würde sich aber heute durchaus freuen, wenn er den Erfindungen und Verlockungen der Finanzwelt etwas mehr misstraut hätte.

Insgesamt gilt: Heute werden wieder kleinere Brötchen gebacken, sofern überhaupt noch gebacken wird: Das Pendel schlägt ins andere Extrem aus. Betriebe, die dringend einen Überbrückungskredit oder eine ähnliche Finanzdienstleistung brauchen, bekommen von den Banken kein Geld, was den Negativtrend wiederum verstärkt.

Und doch: Bei allem Pessimismus, bei aller Schwarzseherei, für die wir als Deutsche mehr Begabung haben als für den Optimismus: Diesem Land geht es gut, jedenfalls besser als vielen anderen. Und das gilt auch für unsere Stadt. Es gibt keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken.

Und auch wenn die Entwicklung bei Karmann und anderen Grund zur Sorge gibt und Anlass dafür ist, an die vielen Arbeitnehmer und deren Familien zu denken, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind: In dieser Stadt, in dieser Region lässt es sich gut leben. Die Strukturen sind gesund und ich bin zuversichtlich, dass viele auch hier einen neuen Arbeitsplatz finden werden.

Es wird sicher nicht leicht werden in diesem Jahr, aber es kommt auf die richtige Mischung zwischen realistischer Einschätzung von Situation und Entwicklung einerseits und gesundem Optimismus andererseits an.

Das bereits beschlossene und das in Aussicht genommene Konjunkturprogramm der Bundesregierung können dabei diesem Optimismus die nötige Grundlage geben und sind daher uneingeschränkt zu begrüßen.

Und zwar vor allem der Teil, der über die Kommunen, also über uns abgewickelt werden soll. Allerdings muss dies aus Gründen der Glaubwürdigkeit und der Nachhaltigkeit nach meiner Überzeugung zwingend mit dem Blick auf zwei Aufgaben geschehen: Die eine ist „Bildung“ und die andere ist „Energieeinsparung und Klimaschutz“. Nur dann ist gewährleistet, dass getätigte Investitionen auch einen langfristigen Effekt haben.

Damit sie auch einen regionalwirtschaftlichen Effekt haben, muss auch die Frage erlaubt sein, ob der Grundsatz der „europaweiten Ausschreibung“ sowohl aus diesem als auch aus Kosten- und Zeitgründen nicht suspendiert werden kann.

Übrigens: wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und der Landesregierung umsetzungsreife Projekte gemeldet.

Die Finanzkrise ist nur ein Beispiel dafür, dass wir uns ehrlich mit den sich verändernden Rahmenbedingungen auseinandersetzen müssen.

Wenn wir aber die entsprechenden veränderten Positionen und Auffassungen überzeugend begründen, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir vor den Augen der Öffentlichkeit eine Politik machen, die verlässlich genannt werden kann. Verlässlichkeit ist dabei kein steriler Begriff, sondern eine lebendige Herausforderung für alle, die sich um das Gemeinwohl unserer Stadt kümmern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

manche historischen Veränderungen ähneln eher einer Sturzgeburt, so überraschend und unvorbereitet erfassen sie die Akteure der Politik, der Wirtschaft und Gesellschaft.

Einer solchen Sturzgeburt vergleichbar ist sicher der Fall der Mauer vor zwanzig Jahren gewesen. Alle Verantwortlichen haben irgendwie gehofft, dass die Mauer irgendwann fallen würde, aber darauf vorbereitet war keiner und konnte auch keiner sein.

Und daran sollte doch immer wieder erinnert werden, wenn man heute durchaus auch kritisch die Diskussionen über unterschiedliche Wege und manche politische Entscheidungen würdigen möchte.

Andere Prozesse sind das Ergebnis ebenso schmerzhafter wie langwieriger Ereignisse internationaler, oft kriegerischer Auseinandersetzungen: Der Westfälische Frieden gehört genauso dazu wie die Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor 60 Jahren, dessen Dokument – das Grundgesetz – auch heute noch den Rahmen und die Basis unseres Zusammenlebens regelt. An

beide Ereignisse - Mauerfall und Grundgesetz - wird die Friedenstadt Osnabrück mit einer angemessenen Veranstaltung in diesem Jahr erinnern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
im Gegensatz zu historischen Sturzgeburten sind es oft aber auch die eher sukzessiven Prozesse, die ein Gemeinwesen über einen längeren Zeitraum unmerklich, aber im Rückblick nicht weniger radikal verändert haben. Führen Sie sich bitte die Modernisierung vor Augen, die Osnabrück in den vergangenen 40 / 50 Jahren durchgemacht hat. Wie mühevoll der Anfang nach Kriegsende gewesen sein muss und dann sehen Sie auch, dass sich die Arbeit gelohnt hat. Wir können den langen Atem, den unsere Eltern und Großeltern beim Wiederaufbau gehabt haben, nur bewundern.

Die Radikalität solcher langsamen Veränderungen wird dann hin und wieder in überraschenden Situationen deutlich, die uns Innehalten lassen und zu einem Rückblick einladen.

Als die meisten von uns in den 60er und 70er Jahren zur Schule gegangen sind, hätte sich wohl keiner von uns ausmalen können, welche Sprachenvielfalt heute auf unseren Schulhöfen zu hören ist: türkisch, russisch, aber auch portugiesisch und andere Sprachen mehr. Das ist für uns heute selbstverständlich aber auch eine Herausforderung. Wir werden noch einen weiten Weg der Partizipation und Integration gehen müssen. Wir sind weiter als andere, dürfen aber in unserem Bemühen nicht nachlassen.

Dass wir aber auch schon einen weiten Weg gegangen sind, zeigt die Benennung eines Platzes an der Iburger Straße nach dem verstorbenen und von uns allen hoch geschätzten Yilmaz Akyürek.

Meine Damen und Herren: Diejenigen von Ihnen, die bei der Einweihung dabei gewesen sind, werden bestätigen, dass dieser Nachmittag eine, ich möchte sagen, besonders schöne Wegmarke, ein besonders emotionales Ereignis gewesen ist.

Mit unseren unterschiedlichen sozialen und politischen Biographien standen wir zusammen, gedachten gemeinsam mit der Familie dieses Mannes, der für die in

Osnabrück lebenden Türken und für das Miteinander aller Osnabrücker – egal wo sie geboren oder woher sie gekommen sind - so viel getan hat. In diesem Moment waren wir wohl alle der Meinung, dass wir ganz zufrieden sein können mit dem zurückgelegten Weg der Integration in der Friedensstadt Osnabrück.

Und deswegen warne ich eindringlich davor, im bevorstehenden Wahljahr die Debatte um die sogenannte „Leitkultur“ im Wahlkampf zu führen.

Nie war die Gefahr größer als jetzt, dass bei schlechter werdenden wirtschaftlichen Aussichten durch eine solche Diskussion das kleine Pflänzchen „Integration“ zertreten und unsere Gesellschaft gespalten wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
zwischen Ereignissen wie den genannten Sturzgeburten und der allgemeinen Stadtentwicklung ist ein Prozess anzusiedeln, der uns noch die kommenden Jahre begleiten und herausfordern wird. Ich meine, wie Sie sich denken können, den Abzug der britischen Streitkräfte aus Osnabrück.

In wenigen Wochen wird dieser Prozess – zumindest für die Briten – abgeschlossen sein. Offiziell haben wir uns schon im vergangenen Sommer voneinander mit einer großen Parade verabschiedet – vielleicht sogar passender Weise im strömenden Regen. Für uns aber, die wir die Folgen des Abzuges zu Gunsten der Stadt zu gestalten haben, für uns ist dieser Prozess noch lange nicht abgeschlossen. Ganz im Gegenteil: eigentlich stehen wir noch am Anfang – aber da immerhin schon mitten drin. Ich darf sogar sagen, dass wir schon viel weiter gekommen sind, als ich vor einem Jahr angenommen hatte.

Wie Sie wissen sind für einige Areale die Planungen schon ziemlich weit fortgeschritten, für andere beginnen sie gerade erst. So sind wir am Westerberg in Kooperation mit den Hochschulen auf einem guten Weg. Hier gibt es eine gute Perspektive für einen weiteren Ausbau und die Ansiedlung eines Wissenschaftsparks.

Ein Erfolgsfaktor für das Gelingen dieses Prozesses war insbesondere die hohe, ehrenamtliche Bürgerbeteiligung, für die ich mich an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken möchte.

Gleichermaßen bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei den zahlreichen Menschen, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwesen eingesetzt haben.

Wir können uns alle darüber freuen, dass so viele Bürgerinnen und Bürger, bereit sind, ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen:

bei der Umgestaltung unserer Stadt im Zusammenhang mit den abziehenden britischen Streitkräften, im kulturellen, sportlichen und sozialen Bereich bis hin zur Begleitung kleiner Kinder auf dem Schulweg. Unsere Gesellschaft kann auf dieses Engagement nicht mehr verzichten. Das ehrenamtliche Engagement jedes Einzelnen verschafft unserer Gemeinschaft mehr Wärme, mehr Zusammenhalt, mehr Teilhabe für alle. Und eben diese Wärme sind die Osnabrücker Bürgerinnen und Bürger bereit auch den Kindern zu geben, die von der eingangs erwähnten Verarmung betroffen sind. Es wird ja schon unglaublich viel geholfen.

Mir kommt das manchmal wie ein Generationenvertrag vor: Ältere setzen sich hin, und helfen bei den Schularbeiten der Kinder, lesen ihnen vor oder übernehmen Betreuungsaufgaben. Die Schulen, Eltern und Lehrer haben in den vergangenen Jahren einen bemerkenswerten Erfindungsreichtum entwickelt, um benachteiligten Kindern unter die Arme zu greifen. Aber all diese Initiativen werden uns nicht aus der Pflicht entlassen, diesen Kindern zu helfen. Kurz gesagt: das sind wir ihnen schuldig.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

so sehr wir die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen, an Meinungsbildungsprozessen auch begrüßen und fördern – ohne Risiko ist sie natürlich auch nicht. So konnte man am 15. November in der FAZ unter dem polemischen Titel **„Aufstand der Satten“ lesen:**

*„Man kann also sagen, der Protest kam aus der Mitte, dem etablierten Bürgertum... Vielleicht ist die diffuse Unzufriedenheit der Bürger, ihre Denkweltmentalität, das eigentlich Beunruhigende an der Abstimmung... Die drohende Rezession, die beginnende Krise der Automobilindustrie scheinen... weit weg zu sein... Alle Parteien versprechen mehr Bürgerbeteiligung und Bürgernähe. Die Konsequenzen werden dann erst deutlich, wenn die Bürger nicht so wollen wie die Gemeinderäte... Wie irrational die Diskussion über die Distributionshalle und die Entwicklung der Stadt werden würde, hat auch der Oberbürgermeister unterschätzt.“*

Dieses Zitat aus der FAZ stammt nicht, wie Sie vielleicht meinen könnten, aus einem Artikel über Osnabrück. Daher ist auch nicht der Osnabrücker OB am Ende des Zitats gemeint. Der Autor schreibt über die kleine Stadt Metzingen, in der sich die Bürgerinnen und Bürger in einem Bürgerentscheid gegen den Bau eines Distributionszentrums von Hugo Boss ausgesprochen haben. Parallelen zu Entscheidungen in Osnabrück waren nicht gewollt und sind daher rein zufällig. Ohne die Diskussion über das Gewerbegebiet „Am Burenkamp“ nun noch einmal wiederholen zu wollen: sie hat zumindest mir gezeigt, dass Bürgerbeteiligung nicht heißen kann, Partikularinteressen über die Interessen der Allgemeinheit zu stellen. Andererseits können und wollen wir solche partizipativen Elemente nicht abschaffen. Daher mag unsere demokratische Gesellschaftsordnung hin und wieder unbequem, umständlich und vielleicht auch schwerfällig sein. Und manchmal führen die Entscheidungen, die wir zu akzeptieren haben, auch direkt am Ziel vorbei. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auf einem Begriff eingehen, der in diesem Zusammenhang, aber auch in anderen der vergangenen Monate gerne gebraucht worden ist: **„Verlässlichkeit“** Politische Verlässlichkeit ist ein hohes Gut und wichtig für das Vertrauen in unsere Demokratie. Kann aber „Verlässlichkeit“ zum Beispiel durch einen Hinweis auf fast 20 Jahre alte Bebauungspläne begründet werden? Kennen Sie den vom Philosophen Immanuel Kant geprägten Begriff der „faulen Vernunft“? – Dabei handelt es sich laut Kant um eine Vernunft, *„die sich schlicht zur Ruhe begeben hat. So als ob sie ihr Geschäft völlig ausgerichtet habe“*. Meine Damen und Herren, wenn sogar die Heilige Schrift eine Geschichte ihrer Auslegung kennt, dann sollte man das von einem Bebauungsplan der Stadt Osnabrück durchaus auch annehmen und voraussetzen dürfen.

Das Argument „Verlässlichkeit“ darf nicht dazu führen, sich in der einmal gefassten Meinung über die Welt mit seinen Positionen einzumauern. Überhaupt scheint das Wort „Verlässlichkeit“ desto öfter gebraucht zu werden, je unsicherer die Rahmenbedingungen geworden sind. Kants „Faule Vernunft“ führt dazu, dass mit dem Hinweis auf „Verlässlichkeit“ gewohnte Positionen aufgewärmt und beibehalten werden können. So muss man sich eben nicht in die Unbequemlichkeit begeben, seine Sicht der Dinge vor dem Hintergrund objektiver Veränderungen kritisch zu hinterfragen, um diese womöglich sogar aufzugeben.

So darf man über die Westumgehung aus Gründen der „politischen Verlässlichkeit“ schon jetzt nicht mehr nachdenken dürfen. Obwohl sich ganze Stadtteile infolge der Konversion verändern werden. Meine Damen und Herren, das kann nun wirklich nicht wahr und auch nicht gewollt sein. „Verlässlich“ ist im Übrigen aus meiner Sicht auch nicht, sich einer notwendigen Erhöhung von Gebühren in den Weg zu stellen, weil vor zwei Jahren im Rahmen von angenommenen Daten eben dieses Gebührenniveau als sicher angenommen worden ist. Die Dinge haben sich anders entwickelt. Dem muss man sich stellen, um die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Der Rat hat das dann ja auch bekanntlich getan. Und das ist dann eben „verlässlich“: sich den Entwicklungen zu stellen, um zu den entsprechenden Entscheidungen zu kommen – auch dann, wenn sie unangenehm sind und keinen glücklich machen.

Das vergangene Jahr hat mir aber auch gezeigt, wie gut das politische Klima in dieser Stadt geworden ist. Sie, wir, die Mitglieder des Rates haben die notwendigen Diskussionen im gegenseitigen Respekt vor einander geführt. Persönliche Angriffe blieben die Ausnahme.

Wichtige Entscheidungen wurden nicht selten mit breiter Mehrheit oder sogar einstimmig getroffen. Ein wichtiger Beweis für die Funktionstüchtigkeit unseres demokratischen Systems. Diese müssen wir uns bewahren. Die Zeiten werden schwerer – wir alle wissen das – es kommt daher noch mehr darauf an, die Reihen zu schließen und gemeinsam zu handeln. Politischer Streit gehört dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
in diesem Zusammenhang gehören natürlich auch eine Reihe von politischen Entscheidungen und Diskussionen, die der Rat getroffen bzw. geführt hat. Ich möchte an dieser Stelle einige Stichpunkte erwähnen aber aus zeitlichen Gründen nicht im Detail darauf eingehen. So möchte ich erinnern an die Entscheidungen bzw. Diskussionen zur

- Gründung einer Evangelischen Schule
- Gründung einer IGS am Schölerberg
- Perspektiven zur Hafentwicklung
- weitere Entwicklung Johannisstraße/Neumarkt/Große Str.

- Einrichtung einer Umweltzone
- zukünftige Entwicklung des Abfallwirtschaftsbetriebes bzw. Neubau eines Abfallwirtschaftszentrums

Dazu noch eine Anmerkung: eine Privatisierung unseres Abfallwirtschaftsbetriebes kommt aus meiner Sicht derzeit nicht in Betracht. Der Betrieb arbeitet wirtschaftlich, effizient und bürgernah.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich bei Ihnen, die Sie im Rat mit viel ehrenamtlichem geleistetem Zeitaufwand für die Stadt arbeiten, bedanken. In diesen Dank einbeziehen möchte ich aber ausdrücklich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Und weil die Zusammenarbeit funktioniert, weil das Wesen der Demokratie uns das immer wieder mit auf den Weg gibt, können und müssen wir eben auch mit der einen oder anderen Fehlentscheidung leben. Die gehören zu unserer demokratischen Ordnung. Ich denke, dass Sie mir zustimmen werden, wenn ich sage, dass wir in keiner anderen Ordnung leben möchten.

Denn eben diese Ordnung ermöglicht auch so wunderbare Ideen bürgerschaftlichen Engagements wie das Stiften. Sicher, der ein oder andere, der etwas auf dem Kerbholz hat, geht einfach Stiften und das ist dann eine Vorgang für die Strafverfolgungsbehörden. Das meine ich hier aber nicht, wie Sie sich denken können.

Ich meine als Beispiel für viele, die durch ihr Vorbild unsere demokratische Ordnung stützen, die gerade vor knapp zwei Wochen gegründete „Friedel-und-Gisela-Bohnenkamp-Stiftung“. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle nicht die Einzelheiten der Konstruktion dieser Stiftung erläutern. Hervorheben möchte ich aber doch, dass diese Stiftung auf geniale Weise nicht nur den Fortbestand des Unternehmens sichert, sondern eben auch Kunst, Kultur, Wissenschaft, Bildung und Erziehung fördert.

So gehört diese Stiftung zu den ganz großen in Osnabrück und ich bin sicher, dass wir noch sehr viel von den guten Taten, die sich mit dem Namen Bohnenkamp verbinden, hören werden.

In diese Ordnung, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind auch die Entscheidungen eingebettet, die den Konversionsprozess begleiten und gestalten. Und was diesen Prozess angeht, lassen Sie mich noch ergänzen: Wir, Rat und Verwaltung, sind nicht alleiniger Herr dieses Verfahrens, sondern haben es mit einigen Partnern zu tun, auf die wir im Übrigen auch angewiesen sind. Denn man darf ja nicht vergessen: es zählen bei dieser Aufgabe nicht nur die gute Idee oder die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger. Nein, es zählt auch der Unternehmer, der Investor, den wir eben als Partner für die Umsetzung brauchen. Der aber hat vielleicht seine eigene Vorstellung. Eine andere, auf die bisher keiner gekommen ist – eine, mit der wir uns aber beschäftigen müssen.

Zugleich erhalten wir die Möglichkeit, die Attraktivität unserer Stadt deutlich zu erhöhen: Wir wollen auf die BIMA einwirken mit dem Ziel, die Immobilien zu möglichst günstigen Preisen zu vermarkten. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk jungen Familien, denen wir eine Entwicklungsperspektive in unserer Stadt bieten wollen.

Ich habe zu diesem Zweck Verbindung mit dem zuständigen Bundesminister für Finanzen aufgenommen und hoffe, dass das Ministerium auf die BIMA bei der Vermarktung einwirkt mit dem Ziel, sozialverträgliche Aspekte zu berücksichtigen. Wir können uns junge Menschen und Familien ja nicht schnitzen. Wir müssen um sie werben, und das können wir nur, wenn wir sie mit attraktiven Angeboten bewegen, zu uns zu kommen, um bei uns zu bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
es wird im Konversionsprozess nach außen immer auch darum gehen, die Vorzüge des Standortes Osnabrück zu präsentieren. So haben wir uns im vergangenen Jahr gemeinsam mit dem zweiten wichtigen Partner bei dieser „Jahrzehnt-Aufgabe“, der BIMA, das erste Mal mit dem Konversions-Projekt auf der EXPO REAL vorgestellt. Dies war richtig und erfolgreich und deswegen sollten wir auch in diesem Jahr dort präsent sein. Das ist eine lohnende Investition, obwohl keiner erwarten kann, dass man mit unterschriebenen Verträgen wieder nach Hause fährt. So einfach ist das dann doch nicht. Geheiratet wird ja in der Regel auch nicht gleich am ersten Tag des Kennenlernens. Zuvor werden alle Register gezogen, um sich

attraktiv zu machen. Und genau das wird in den kommenden Jahren unsere Aufgabe sein: Wir wissen, dass wir in einer attraktiven, liebens- und lebenswerten Stadt leben, aber es wissen noch immer zu wenig Andere. Wir müssen also auf dem Markt der Wahrnehmungen unsere Position deutlich ausbauen und verbessern – und zwar immer gegen die Konkurrenz anderer Städte, die ebenfalls nichts unversucht lassen. Dabei hat uns der Katholikentag geholfen, der den Teilnehmern in allerbesten Erinnerung geblieben ist. Dabei hilft uns ein Bericht aus der FAZ, in dem Osnabrück London in Sachen „Attraktivität als Einkaufsstadt auf die Plätze verweist. Eine erfolgreiche und brillante Ausstellung „Die verborgene Spur“ leistet Unschätzbare hierzu. Unser Ruf als Friedensstadt, in der Integration kein Neuland und sozialer Frieden kein Begriff aus Sonntagsreden ist, macht uns attraktiv. Und schließlich hilft auch wöchentlich der VfL mit seinen verdienten Siegen und unglücklichen Niederlagen ein wenig dabei.

Aber auch jeder von uns kann mit der Art, wie er über seine Stadt redet, dazu seinen Beitrag leisten.

Auf diesem Markt der Wahrnehmungen müssen wir unsere Stadt zeigen: frech und charmant, selbstbewusst und diplomatisch, wenn nötig mit rustikalen Wanderstiefeln und derber Allwetterjacke, hin und wieder gern aber auch im kurzen Schwarzen mit tiefem Ausschnitt und Pumps. Osnabrück ist zwar nicht arm und sexy, dafür aber gutgebaut und attraktiv: eine gute Partie für eine Lebenspartnerschaft egal ob mit oder ohne Trauschein.

Auf jeden Fall sollten wir uns nicht schüchtern zieren, sondern die Reize zeigen, die unsere Stadt von anderen unterscheidet. Anders gesagt: wir müssen immer wieder Köder auswerfen, die bekanntlich weniger dem Angler, sondern vielmehr den Fischen schmecken sollen. Trauen wir uns das nicht zu, werden wir womöglich schnell selbst zum Köder, weil wir dann die Entwicklung weder mitbestimmen noch beherrschen, geschweige denn gewinnen können. Eine gewisse Risikobereitschaft gehört allerdings dazu. Das ist so, wie in der Ehe: Man heiratet zwar „bis dass der Tod euch scheidet“, aber eine Garantie kann auch die Kirche nicht übernehmen. Glücklicherweise wird aber bekanntlich trotzdem weiter geheiratet.

Meine Damen und Herren,

fast unmerklich, und deswegen schleichend geht nun mit dem in wenigen Wochen beendeten Abzug der Britischen Streitkräfte die Nachkriegsepoche auch für die Stadt Osnabrück zu Ende. Über Jahrzehnte war die Friedensstadt Osnabrück die größte britische Garnisonsstadt. Insofern trifft es sich ganz gut, dass der Abzug der Britischen Streitkräfte in das Jahr fällt, in dem wir sowohl an den Fall der Mauer als auch an die Gründung der Bundesrepublik erinnern. Die Alliierten des 2. Weltkrieges waren bekanntlich sowohl an dem einen als auch an dem anderen Vorgang unmittelbar beteiligt.

1945 befreiten britische Soldaten unsere Stadt und 1989 ermöglichte Großbritannien gemeinsam mit den anderen Alliierten des 2. Weltkrieges im Rahmen der 4+2-Verhandlungen die Selbständigkeit in Einheit unseres Landes, die der friedlichen Revolution folgten.

Und das Frieden in unserer Welt immer noch und lange noch nicht Allgemeingut ist, erleben wir täglich. Voll Trauer und ohnmächtiger Wut.

Sei es im Nahen Ost – gerade jetzt wieder – oder In Pakistan und Indien, in Afrika oder im Irak oder in der ehemaligen Sowjetunion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

in dieser unfriedlichen Welt hat die Kultur schon immer eine tragende Rolle gespielt. In Bildern, in der Musik, in der Literatur haben Menschen für Menschen die Sehnsucht nach Frieden formuliert. Insofern hat die Kultur auch in der Friedensstadt Osnabrück einen hohen Stellenwert.

Das hat auch im vergangenen Jahr das Morgenlandfestival gezeigt, in dem der kulturelle Dialog wieder einmal Brücken gebaut hat, die in der Welt der politischen Architekten noch nicht möglich gewesen sind. Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir dieses Festival weiter ausbauen können und zu einem festen Bestandteil des Festivalkalenders nicht nur in unserer Stadt sondern in Deutschland machen können.

Uns allen liegt unsere Kultur am Herzen, weil wir entweder gern ins Theater, ins Museum oder in eines der zahlreichen anderen Veranstaltungshäuser gehen.

Was unsere kulturellen Institutionen zu leisten vermögen, hat gerade das vergangene Jahr gezeigt: Das Theater mit der deutschen Erstaufführung des Brecht-Stückes „Die Judith von Shimoda“, das Felix-Nussbaum-Haus mit seiner

Sonderausstellung „Die verborgene Spur. Jüdische Wege durch die Moderne“, das Remarque-Friedenszentrum mit der Capa-Ausstellung oder auch die Kunsthalle Dominikanerkirche mit der Ausstellung „fresh air smells funny“.

Ich möchte Sie aber trotzdem darauf aufmerksam machen: Die Kultur als Imagefaktor wird für unsere Stadt immer wichtiger. Dabei können Sie beobachten, wie der Raum für dessen Darstellung ins Unendliche wächst und zugleich immer weiter schrumpft. In den Printmedien, aber auch im Fernsehen verringert sich der Raum für die Berichterstattung nämlich deutlich, während er im Internet ins Unüberschaubare wuchert. In dieser gegenläufigen Bewegung können wir uns nur mit Angeboten behaupten, die qualitativ hochwertig und einmalig originell sind.

Einen Quantensprung können wir auf jeden Fall mit dem Nussbaum-Haus machen. Ich bin sehr froh darüber, dass die Finanzierung des Anbaus weitestgehend gesichert werden konnte und bedanke mich bei allen aus dem Rat, der Nussbaum-Foundation, der Landesregierung, der Stiftung Stahlwerk Georgsmarienhütte sowie dem großen Kreis der Sponsoren und Unterstützer, die dazu in einem zähen, aber fruchtbaren Prozess beigetragen haben. Jetzt können wir die Service-Bereiche den Ansprüchen des Publikums anpassen, den Ausstellungsbereich erweitern und zugleich der Architektur Libeskind ein interessantes Element hinzufügen.

Einen wichtigen Impuls konnten die Veranstaltungen des Kulturgipfels geben. Ich bin den Teilnehmern außerordentlich dankbar für ihre engagierten Anregungen, die dazu geführt haben, dass nun erstmals drei Häuser gemeinsam – die Kunsthalle Dominikanerkirche, das Museum Industriekultur und das Remarque-Zentrum – ein Ausstellungsprojekt vorbereiten, das sich unter dem Titel „Bilderschlachten“ mit der medialen Aufbereitung und Verwertung der Nachrichten aus dem Krieg beschäftigt. Ich denke, dass diese Konzentration, die selbstverständlich kein Dogma werden muss, die Kräfte bündelt und für mehr Aufmerksamkeit sorgen wird.

Dieses Projekt setzt auf jeden Fall ein wichtiges Zeichen der Friedensstadt Osnabrück im Rahmen der Veranstaltungen, die sich in diesem Jahr mit der Varusschlacht beschäftigen. Für das gestern begonnene „Varus-Jahr“ wünsche ich dem Landkreis Osnabrück an dieser Stelle viel Erfolg mit den vielfältigen, attraktiven Veranstaltungen, zahlreichen Besuchern von überall und unserer Region insgesamt einen glänzenden Auftritt.

Noch nicht auf der Zielgeraden sind wir mit der Veranstaltungshalle:

Aber immerhin liegt seit einigen Wochen eine Machbarkeitsstudie vor, die uns wichtige Daten für die weitere Planung geliefert hat. Allerdings muss ich betonen, dass wir bei diesem Projekt eine gewisse Risikobereitschaft übernehmen müssen, wenn wir zu entscheiden haben, ob wir eine neue Veranstaltungshalle auf den Weg bringen wollen. Selbstverständlich geht es nicht ohne einen Betreiber und selbstverständlich braucht auch die OsnabrückHalle eine zuverlässige Perspektive.

Aber wenn die Rahmenbedingungen stimmen, dann sollten wir uns nicht scheuen durch einen entsprechenden Bau einen Quantensprung im Veranstaltungsbereich zu machen. Ich bin jedenfalls davon überzeugt, und das hat auch die Machbarkeitsstudie gezeigt, dass eine solche Veranstaltungshalle eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Stadt ist. Anders können wir nicht auf die veränderten Angebote, aber vor allem auch auf die veränderten Erwartungen bei den Besuchern reagieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich mit einem Zitat enden: „Die Geldnot der Gemeinden ist auf das Höchste gestiegen, die Steuerschraube lässt sich kaum noch schärfer anziehen: also ist es nötig, den Betrieb der technischen Werke so zu gestalten, dass er größere Überschüsse als bislang abwirft.“

Die Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften und Eigenbetriebe können jetzt durchaus, brauchen aber eigentlich nicht in eine Schreckstarre zu verfallen.

Ich kann Sie beruhigen: ich habe, kurz bevor wir zum geselligen Teil dieses Abends kommen, nicht vor, die Gesellschaften zu mehr Profitabilität zu verdonnern, um den städtischen Haushalt zu sanieren. Nachdem ich eingangs von historischen Sturzgeburten und allgemeinen Entwicklungen der Stadt gesprochen habe, möchte ich mit diesem Zitat nur darauf hinweisen, dass es offenbar auch Themen gibt, die sich weder verändern noch altern. Und trotzdem dürfen wir nicht aufgeben. Eines dieser Themen scheint die Finanznot zu sein, die so alt ist wie vermutlich die Städte selbst.

Daran wird die Einführung der DOPPIK auch nichts ändern, die uns aber immerhin Klarheit über den Wert der städtischen Werte verschafft. So kann ich Ihnen jetzt mitteilen, dass Sie beim Hereinkommen einen Wert von 10.000 Euro in die Hand genommen haben, als Sie nämlich die Klinke der Rathaustür gedrückt haben. Die DOPPIK wird viele gewohnte Betrachtungs- und Verhaltensweisen verändern. Ich möchte Sie daher bei den anstehenden Haushaltsberatungen um ein bisschen Geduld bitten. Wir müssen gemeinsam mit der neuen Systematik Erfahrungen sammeln, die uns zwar reicher machen können, aber fiskalisch leider nichts bringen.

Das soeben genannte Zitat, *„dass die Geldnot der Gemeinden auf das Höchste gestiegen sei, und die Steuerschraube sich kaum schärfer anziehen lasse, so dass es nötig sei, den Betrieb der technischen Werke so zu gestalten, dass er größere Überschüsse als bislang abwerfe,“* stammt aus dem Jahre 1924. Er findet sich in einem wirklich lesenswerten Vorwort des damaligen Oberbürgermeisters Dr. Rissmüller zum „Bericht über die Verwaltung der Stadt Osnabrück in der Zeit vom 1. April 1913 bis 31. März 1923“.

Dieses Vorwort ist noch geprägt von den Leiden des 1. Weltkrieges und den erdrückenden Reparationen, die das damalige Deutschland an die – wie Rissmüller sagt – „Kriegsgegner“ zu leisten hatte.

Dass wir solche Verhältnisse hinter uns lassen konnten, dass wir das Glück haben, in einem sich einigenden Europa zu leben, in dem der Frieden nicht mehr allzu leicht unter die Räder kommt, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sollten wir in der Friedensstadt Osnabrück nicht vergessen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit